Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Tim Golke, Dora Heyenn,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Steuermisbrauch wirksam bekämpfen

Durch die Debatte um die Vorwürfe gegen Ulli Hoeneß ist die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung geraten. Verstärkt wurde das noch durch die Enthüllung der Praktiken von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung in internationalen Steueroasen.

Offenbar sind die kriminelle Energie, aber auch die Komplexität in diesem Bereich von Finanzverwaltung und Strafverfolgungsbehörden unterschätzt worden. Hinzu kommt noch, dass nach wie vor eine Reihe von Kreditinstituten großzügig Hilfestellung bei der Hinterziehung von Steuern gibt.

Die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung braucht aber handlungsfähige Finanzämter. Der Rechnungshof hat in den vergangenen Jahren mehrfach Defizite in der Finanzverwaltung in Hamburg festgestellt.

Im Jahresbericht 2012 stellt er fest, dass 100 Betriebsprüfer/-innen im Veranlagungsbereich der Finanzämter tätig sind und damit für ihre eigentliche Aufgabe fehlen. Prüfungen, gerade auch bei Einkommensmillionären, finden selten statt.

So wurde im Jahresbericht 2013 festgestellt, dass die „vereinbarten Vollzugsziele und der Produktionshaushalt ... in den Leistungsvereinbarungen mit den Finanzämtern nur unvollkommen berücksichtigt“ werden. Die Kennzahlen ließen nur eine unzureichende Steuerung zu, auch weil „Betriebsprüfung, Lohnsteuer-Außenprüfung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung hinsichtlich der Bildung von Kennzahlen zusammengefasst worden sind!“ Damit ist eine Steuerung nicht möglich. (Kennziffern 579 fortfolgende)

Zusätzlich stellt der Rechnungshof Defizite bei der Erhebung der Körperschaftsteuer fest (Kennziffern 592 fortfolgende) und ein „Indiz für strukturelle Sorgfaltsdefizite“. (609)

Alle diese genannten Probleme werden sich durch die Kürzungspläne des Hamburger Senats für die nächsten Jahre weiter verschärfen.

Insgesamt befürchtet der Bundesrechnungshof einen Wettlauf zwischen den Bundesländern darum, wer am schwächsten prüft. Auch wenn diese Kritik vor allem an Bayern und Baden-Württemberg gerichtet ist, sind auch die Verhältnisse in Hamburg unbefriedigend.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Im Einzelnen geht es dabei um folgende Maßnahmen:
 - a. Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Justiz handlungsfähiger und effizienter zu machen.

- b. Die Zahl der Betriebsprüferinnen, Betriebsprüfer, Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg bis zum Jahr 2018 signifikant zu erhöhen und sofort mit der Umsetzung zu beginnen.
 - c. Im Wege einer Bundesratsinitiative die strafbefreiende Wirkung von Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung abzuschaffen.
2. Der Bürgerschaft bis zum 31.12.2013 den Sachstand zu berichten.